

Anwesend: 11 Personen

Projekt bedingungsloses Grundeinkommen – was wissen wir darüber?

- Volksinitiative – Abstimmung 5.6.2016 (1)

Art. 1

¹ Die Volksinitiative vom 4. Oktober 2013 «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen» ist gültig und wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet.

² Sie lautet:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 110a Bedingungsloses Grundeinkommen

¹ Der Bund sorgt für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens.

² Das Grundeinkommen soll der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen.

³ Das Gesetz regelt insbesondere die Finanzierung und die Höhe des Grundeinkommens.

Probleme des Ist-Zustandes

- Die AHV hat Finanzierungsprobleme – neue Lösungsansätze müssen her
- Die Zukunft bringt noch mehr Rationalisierung durch Software und Roboter: einfache, «wenig qualifizierte» Arbeiten werden immer schlechter bezahlt und allmählich «aussterben»
- heute gibt es zu wenig Sponsoren für gute Ideen
- das heutige Stipendienwesen hat zu viel Bürokratie
- das heutige Sozialwesen bringt zu viele Schikanen und Erniedrigungen
- Hochpreis- und Hochlohn-Insel Schweiz
- Carearbeit von der Gesellschaft nicht honoriert
- Viele Jugendliche und Erwachsene mit unterentwickelter intrinsischer Motivation
- Man tut (vieles), wofür man Geld bekommt, aber nicht das, was für die Menschheit (und die belebte Natur und Erde) nützlich wäre
- Pensionskassenrente und Freizügigkeitskapital sind gefährdet – Pensionskassen kann man sich nicht aussuchen
- Wir haben grosse Auslandsabhängigkeit – «Globalisierung»
- Energie ist «zu billig» im Vergleich zu Umweltverschleiss: «sinnlose» Transporte um den Globus (z.B. Migros Orangensaft) hin zur jeweils billigsten Arbeitskraft (statt vermehrt lokal produzieren und lokal konsumieren)
- Wenn alle leben würden wie wir, bräuchten wir viele Erden ...

EINE DENKGRUPPE OSTSCHWEIZ

- «niemand» will Geld, «alle» wollen eine maximale Rendite – in der Folge wird vorwiegend spekuliert, statt investiert und wo doch investiert wird, stehen die Unternehmer unter unheimlichem Renditedruck
- Streik sinnlos, jeder wird sofort ersetzt durch Wartende im In- und Ausland

Erwartete/erhoffte eher positive Auswirkungen des bGEs

- bGE bringt mehr Wahlfreiheit
- arme Familien wären entlastet
- Familien mit vielen Kindern wären entlastet
- Freiwilligen Arbeit wäre endlich für alle möglich
- Menschen könnten sich endlich selbstverantwortlich nützlich machen (so wie es heute schon viele Rentner tun)
- Care-Arbeit wäre endlich für alle möglich
- Mehr Selbständigkeit für Frauen und Kinder
- «ewige» Studenten wären bezahlt (positiv aus Sicht von Décroissance-Anhängern),
- Die Wirtschaft wäre gefordert beim Anreize schaffen

Erwartete eher negative Auswirkungen des bGEs

- Fast alle Probleme wären nach wie vor ungelöst
- Würde der soziale Umgang besser werden? Mehr Geld stört manchmal den sozialen Zusammenhalt – Manchmal macht Not erfinderisch und menschlich.
- Monopoly, Raubtierkapitalismus und die daraus folgende beschleunigte Ungleichverteilung von Einkommen, Kapital und Handlungsmacht würde zunehmen
- Je nach Finanzierungssystem würden Mieten, und auch sonst vieles, teurer werden: bGE als Strohfeder, die die Umverteilungsmaschine anheizt und neue Massstäbe für Ausbeutung setzt?
- Dumping Arbeitsangebot wäre möglich – man hat ja auch noch das staatliche bGE – wem das nicht genügt, ist nach wie vor erpressbar
- Schwarzarbeit wäre noch lukrativer (Arbeitgeber müsste keine bGE-Gebühr bezahlen)
- Demotivierung im Niedriglohnsektor: Die zusätzlichen 1000.- Franken könnten nur unter grossen Opfern erzielt werden
- Demotivierung im Mittellohnsektor: Staat und Arbeitgeber zwackt evtl. zu viel bGE-Gebühr od. direkte und indirekte Steuer ab (eigenes bGE, bGE für Kinder fremder Leute, bGE für Aussteiger etc.)
- Verschärfung von Migrationsproblemen für das Einwanderungsland Schweiz (Dichtestress, Überfremdungängste, Konkurrenz um Arbeitsplätze) und für die Auswanderungsländer (Verlust von Fachkräften und dadurch auch Verlust der Investition in deren Ausbildung)
- «ewige» Studenten wären bezahlt (Negativ aus Sicht von Wirtschaftswachstums-Befürwortern)
- Werden einige Menschen noch «fauler»? Noch mehr Computergame-Zombies?

Das Initiativkomitee wirbt mit Robotern - zurecht? – Wie müsste ein Finanzierungssystem sein, wenn 95% der Arbeit durch Roboter verrichtet wäre?

- Roboter- und Softwaresteuern
- (echt) progressiv: Einkommen aller Quellen, Unternehmens und Kapitalgewinne, Erbschaft, Vermögen, 3. Säulen, Gewinne von Stiftungen, Vereinen, Holdings
- Mikrosteuern auf Börsentransaktionen

EINE DENKGRUPPE OSTSCHWEIZ

- MWST im Bereich Luxus und Verschwendung, nicht aber für Lebensmittel und Lebensnotwendiges

Finanzierungsideen vom Initiativkomitee

- Einkommen, Rente, Sozialhilfegeld, Gelder von IV, ALV, UV (ohne PK) - «Wächst in den Lohn (und in die Sozialleistungen) hinein»
- MWST
- Direkte Bundessteuer «gestaffelte Flattax»

Kritik an der lohn- und konsumbasierten Finanzierung

- Wo bleibt das Steuersystem für das Roboterzeitalter, mit dem das bGE-Initiativkomitee Werbung macht?
- die Berechnung des Initiativkomitees geht von 0% Wachstum bei Aussteigern und Arbeitslosen aus, muss sich aber schon ganz schön anstrengen, um Finanzierungslücken zu schliessen.
- Wenn immer weniger Menschen immer weniger Einkommen durch Erwerbsarbeit erhalten können, dann trocknet der ganze Steuertopf aus.
- MWST ist eine degressive Steuer relativ zum Einkommen & Vermögen. Arme konsumieren das ganze Einkommen. Reiche konsumieren (verhältnismässig zu Einkommen und Vermögen) wenig. Viel Luxus ist zudem MWST befreit: Butler, Chauffeur, Pilot, Villa oder gilt als «Geschäftskosten» – Reiche investieren und spekulieren viel (MWST frei).
- Lohnnehmende werden für den Erhalt des Staates und seiner Geldtöpfe noch mehr in die Pflicht genommen, während Kapitalerträge ungestört fliessen und sich mehren können
- Ungleichbehandlung: Das bGE wächst in den Lohn (und in die Sozialleistungen) hinein, nicht aber ins Vermögen und in die Gewinne und Kapitalgewinne und Erbschaften. Dort kommt's oben drauf.
- Wegen höherer Staatsquote und der mutmasslichen Teuerung ist aber die Kaufkraft vom Lohn und dem Sozialgeld im bGE System geringer als davor.

Alternative Lösungswege

- Als Belohnung für erfolgreiche Erschliessung sozialgerechter Steuerquellen könnten Rentenalter und/oder Arbeitszeiten schrittweise gesenkt werden (2)
- Probleme punktuell angehen z.B. Schikanen bei der Sozialhilfe abschaffen – Kinder, Alte, Kranke, Hilfsbedürftige müssen von der Gesellschaft getragen werden
- Geld dorthin lenken wo nötig, und dort holen, wo zu viel hinfließt
- Materielles bGE (Gratis: öV, Tafel, Sozialwohnung, Bildung, Secondhandkleider und Waren, Antifoodwaste-Angebote) hilft, dass das bGE dort ankommt, wo man es braucht)
- Viele kleine Genossenschaften mit möglichst flachen Strukturen (vgl. einst freundschaftlicher Umgang in Alpen-genossenschaften)
- Bildung mit mehr Gewicht auf soziale Kompetenzen und Selbstverantwortung
- Gewinnkomponenten möglichst beseitigen, wo Gewinn schädlich ist für viele: z.B. Wasser, Gesundheitssystem, Finanzsystem (vgl. Kuba mit exzellentem, staatlichem Medizinsystem)
- Mehr Volksaktien zu Boden und Produktionsgütern?
- Unternehmungen und Aktienrecht unter stärkere demokratische Kontrolle bringen. – Stimmrecht pro Kopf statt pro Aktie? Mehr Firmenentscheide «vors Volk»?
- Mikrokredite oder zinslose soziale Darlehen (rückzahlbar nur, wenn möglich)? (3)
- Urheber- und Patentrecht überdenken

EINE DENKGRUPPE OSTSCHWEIZ

- Positive Trends fördern: mehr Teilen aus ökologischer und ökonomischer Überzeugung (Haushaltsgeräte, Auto, Mobility, Zeit, Rasenmäher, Hochdruckreiniger)
- Quartierkühlschränke bereitstellen und füllen mit Überschusslebensmitteln (statt Wegwerfen)
- Einsichten fördern: ist Geld dort am nützlichsten, wo es mehr Geld schafft? Oder dort, wo es Mensch, Tier und Natur hilft?
- Geld dorthin bringen, wo es nützlich ist:
 - Brunnen (Achtung vor Übernutzung der «alten, nur langsam erneuerbaren» Wasserreservoirs)
 - Biolandbau, Biodynamischer Landbau
 - Permakultur wo möglich und nötig (4)
- Rohstoff Plünderung stoppen
- Landwirtschaft lokalisieren statt globalisieren und biologisieren (mit viel Platz für Biodiversität, mit fairem Umgang mit Tier und Natur) statt ökonomisieren
- Allgemeine Entschleunigung, damit Menschen wieder Mut haben zu Wiesen, Sträuchern, Bäumen und Gärten statt zu Steinwüsten.

Chance/Risiko der Annahme der Initiative

- Viele stimmen JA aus Hoffnung auf gesicherte finanzielle Verhältnisse.
- Viele stimmen JA aus Protest gegen aktuelle Missstände im festen Glauben dies risikolos tun zu können, weil die Mehrheit ohnehin nein sagen werde.
- Wer Nein sagte zu 5 Wochen Ferien wird wohl erst recht auch nein sagen zu 52 Wochen Ferien mit «Gratislohn».
- Wer für Rentenalter-Erhöhung ist, wird wohl kaum «AHV-Analogon ab Rentenalter 0» befürworten.
- Wer gegen horizontale Umverteilung ist, sagt eher Nein.

Weitere Hinweise

(1) Abstimmungsinformationen & Abstimmungsbroschüre

<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/abstimmungen/20160605.html>

(2) soziales statt neoliberales bGE

<https://inabea.wordpress.com/2013/08/09/297/>

(3) Mieses Spiel mit Mikro-Krediten https://www.youtube.com/watch?v=MwT4O73_uOc

(4) Permakultur <https://www.youtube.com/watch?v=X8XrlwgZBPY>

Dokumentiert von Irene Varga

Irene Varga

Weiherstrasse 17

9305 Berg SG

Irene.varga@sunrise.ch / 071 455 16 64